

Hinweise zum Datenschutz für das Hinweisgebersystem:

Verantwortlicher

ZAD Zentraler Abrechnungs-Dienst GmbH

Otilienstr. 10

37154 Northeim

Telefon: +49 5551 9688-0

Fax: +49 5551 9688-88

E-Mail: info@zad-northeim.de

Internet: www.zad-northeim.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Süddeutsche Datenschutzgesellschaft mbH

Ansprechpartner Maximilian Mayer

Von-Brettreich-Straße 4

93049 Regensburg

Tel: +49 (0) 941 – 38177070

Mail: verwaltung@sddsg.de

Rechtsgrundlagen und Zweck

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt aufgrund Ihrer freiwilligen Angaben als Hinweisgeber und zum Zwecke der Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung zur Bereitstellung eines Hinweisgeberportals, Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a), lit. c) DSGVO i. V. m. § 10 HinSchG. Sofern das Hinweisgebersystem zur Verfügung gestellt wird, ohne dass eine gesetzliche Verpflichtung gegeben ist, erfolgt die Verarbeitung Ihrer Daten aufgrund Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO.

Sie müssen nur diejenigen Daten angeben, die zwingendermaßen zur Aufklärung des Sachverhaltes benötigt werden. Dies ist eine E-Mail-Adresse, die Sie aber auch nur für diesen Zweck einrichten können, und die uns keinen Rückschluss auf Ihre Identität erlaubt.

Kategorien der personenbezogenen Daten und Herkunft

Inhalte der Meldung durch die hinweisgebende Person

Dokumentation der Meldung durch die Ombudsperson

Ggf. Wortprotokoll zur (fern-)mündlichen Meldung und ggf. Inhaltsprotokoll zur (fern-)mündlichen Meldung, ggf. Tonaufzeichnung der Meldung oder Zusammenkunft und ggf.

Wahrnehmungen bei einer Zusammenkunft erstellt durch Ombudsperson

Kategorien der betroffenen Personen

Hinweisgebende Personen, Beschäftigte und Beschäftigungsgeber, sonstige in der Meldung erwähnte Personen

Kategorien Empfänger

Eine Weitergabe der uns mitgeteilten Informationen erfolgt nur an diejenigen Personen, die hiermit zur Bearbeitung Ihrer Meldung befasst sein müssen, soweit dies zur Sachverhaltsermittlung zwingend erforderlich ist. Die zu diesem Zweck eingesetzten Personen sind auf Vertraulichkeit verpflichtet. Der Name der meldenden Person wird grundsätzlich nicht weitergegeben, auch wenn dieser zur Kontaktaufnahme mitgeteilt wurde. Abhängig von dem von Ihnen gemeldeten Verstoß kann es jedoch sein, dass wir gesetzlich

dazu verpflichtet sind, Ihre Meldung und ggf. weitere Daten an Dritte (z. B. Behörden) zur Strafverfolgung weiterzugeben

Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation

Sind derzeit nicht vorgesehen

Vorgesehene Fristen für die Löschung der Daten

drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens.

Betroffenenrechte

Hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen als einer betroffenen Person die nachfolgend genannten Rechte gemäß Art. 15 ff. DSGVO zu:

Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO).

Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Art. 16 DSGVO).

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Art. 18 DSGVO) verlangen.

Aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, können Sie der Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten durch uns zudem jederzeit widersprechen (Art. 21 DSGVO). Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verarbeiten wir in der Folge Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr.

Wenn Sie in die Verarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Soweit die Verarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft; das heißt, durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen nicht berührt.

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinn des Art. 51 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren.

Bereitstellungspflicht

Wir dürfen im Rahmen der Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen gemäß § 12 HinSchG personenbezogene Daten im Rahmen der Meldung und der Folgemaßnahmen verarbeiten.